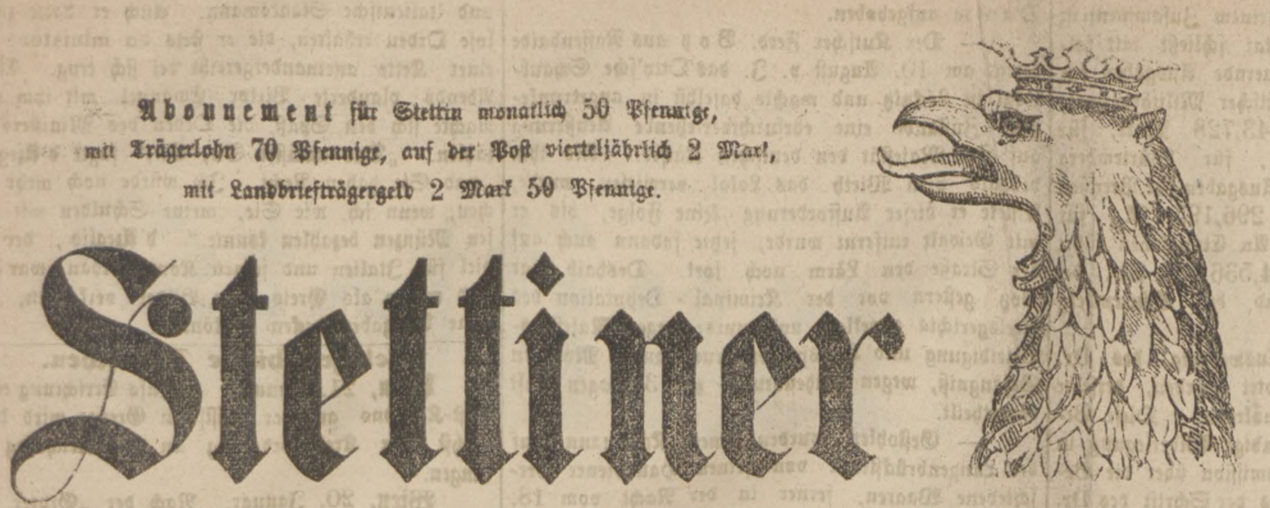
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 22. Januar 1879. Nr. 36.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 21. Januar.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort Abg. Dr. Kolberg-Braunsberg, der eine auf ihn bezügliche, in der gestrigen Nummer der „Post" enthaltene Erklärung des Seminardirektors Hoffmann in Braunsberg als unzutreffend entschieden zurückweist. Redner ruft das ganze Haus zum Zeugen auf, daß er in seiner neulichen Rede nur von dem Gottesdienst in der Armenanstalt zu Tapiau und der Irrenheilanstalt in Allenstein gesprochen und des Unterrichts bei dem Braunsberger Seminar nur ganz nebenbei erwähnt habe.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.

Dieselbe beginnt bei Kap. 126a der dauernden Ausgaben des Kultusetats (Technisches Unterrichtswesen 1,808,125 Mark) in Verbindung mit bezüglichen Positionen des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung (Einnahme-Titel 3 und 4, landwirthschaftliche Lehranstalten 336,788 Mark und Thierarzneischulen 100,300 Mark, sowie Kap. 107 und 108 der dauernden Ausgaben, landwirthschaftliche Lehranstalten und sonstige wissenschaftliche und Lehrzwecke 1,063,929 Mark; Thierarzneischulen und Veterinärwesen 602,385 Mark.)

Der Referent der Budget-Kommission, Abg. Graf zu Limburg-Stirum, theilt dem Hause die den Gegenstand behandelnden Beschlüsse der Budget-Kommission mit, dahin gehend: unter Belassung der Navigations-, Steuermanns- und Schifferschulen bei dem Ministerium für Handel und Gewerbe, der Uebertragung des gewerblichen Unterrichtswesens auf das Ministerium für Unterrichts-Angelegenheiten in der von der Regierung vorgeschlagenen Weise zuzustimmen, und die Staatsregierung bei Ueberweisung der technischen Unterrichtsanstalten an das Unterrichtsministerium aufzufordern: 1) eine ständige Kommission, in welcher außer dem Ministerium des Kultus, für Handel und Gewerbe und für öffentliche Arbeiten sachkundige Mitglieder, insbesondere aus dem Gewerbe- und Handwerkerstande, vertreten sind, einzusetzen und dieselben bei der weiteren Entwickelung des technischen Schulwesens und bei wichtigen Fragen der Verwaltung desselben zu hören; 2) dem Landtage in der nächsten Session den Entwurf für eine organische Einrichtung (oberer Unterrichtsrath) vorzulegen, welche als regelmäßig berathende Behörde dem Unterrichtsminister zur Seite steht, welche sich nach der Natur der verschiedenen Unterrichtszweige in Abtheilungen gliedert und in welche außer Ministerialbeamten auch praktische Schulmänner und andere Sachverständige berufen werden.

Der Referent wendet sich sodann gegen die vorliegenden Abänderungsanträge, namentlich gegen den Antrag des Abg. Dr. Lucius, welcher in der ständigen Kommission (unter 1) auch die Reichsbehörden vertreten sehen will.

In der Debatte erklärt sich zunächst der Abg. Freiherr v. Heereman überhaupt gegen die Uebertragung des technischen Unterrichtswesens auf das Kultusministerium. Die Leitung der technischen Lehranstalten müsse lediglich vom Gesichtspunkte des praktischen Lebens erfolgen, sie müsse mit dem praktischen Leben stets in enger Berührung bleiben. Auch sei zu befürchten, daß durch die vorgeschlagene Ressortveränderung der Kulturkampf in die technischen Schulen hineingetragen wird und das wäre unendlich bedauernswerth. Das technische Lehrwesen befinde sich noch im Stadium der Entwickelung, es sei noch gar nicht, wie die übrigen Schulen eingerichtet; es empfehle sich deshalb nicht, einen solchen Ressortwechsel vorzunehmen. Redner erklärt sich gegen die vorliegenden Anträge mit Ausnahme des Antrages Miquel, dem er eventuell zustimmt und der dahin geht, die einzusetzende technische Kommission bei der weiteren Entwickelung des technischen Schulwesens und bei wichtigen Fragen der Verwaltung desselben gutachtlich zu hören.

Ministerial-Direktor Dr. Jacobi tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen, aus dessen Rede hervorgeht, daß er das technische Lehrwesen auf jedes andere Ressort übertragen wolle, nur nicht auf das des Kultusministeriums. Dieser Zweig könne aber nur gedeihen entweder bei dem Ressort für Handel und Gewerbe oder beim Ressort der Unterrichtsverwaltung. Der jetzt selbstständig gemachten Abtheilung für Handel und Gewerbe die Leitung der technischen Lehranstalten auch ferner zu überlassen, sei aber nicht mehr möglich, weil diese Abtheilung sich künftig nur mit der Vorbereitung oder der Ausführung von Reichsgesetzen und mit der Verwaltung von solchen preußischen Interessen befassen werde, die mit der Reichsverwaltung in enger Beziehung stehen. In eine solche Lage passe eine Unterrichtsverwaltung, welche sich auf ganz spezielle preußische Institute beziehe, nicht hinein. Es bleibe daher nur übrig, das technische Unterrichtswesen auf das Unterrichtsministerium zu übertragen, denn nur dort könne die Sache gedeihen. Redner erklärt sich sodann gegen den Antrag des Abg. Lucius und bittet, der Unterrichts-Verwaltung auf diesem Gebiete möglichst freie Hand zu lassen. Mit dem Antrage Miquel erklärt sich der Kommissar einverstanden.

Abg. Cohn spricht sich für eine Reorganisation des landwirthschaftlichen Schulwesens aus. Dieselben würden nicht nur von solchen Schülern besucht, welche sich der Landwirthschaft widmen wollen, sondern zu einem noch größeren Theile von solchen, die sich auf denselben eine allgemeine Bildung aneignen wollen. Redner will daher das landwirthschaftliche Schulwesen ebenfalls auf die Unterrichtsverwaltung übertragen wissen. Mit dem Antrage erklärt sich Redner einverstanden.

Landwirthschaftlicher Minister Dr. Friedenthal widerlegt die einzelnen thatsächlichen Angaben des Vorredners bezüglich der höheren landwirthschaftlichen Lehranstalten. Warum die letzteren zweckmäßig nicht auf die Unterrichtsverwaltung zu übertragen seien, habe er schon früher dargelegt. Daß aber die mittleren landwirthschaftlichen Schulen zum Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums naturgemäß gehören, beweise schon die Entwickelung und Geschichte derselben. Nicht um sein Ressort zu erweitern, handele es sich, sondern sachgemäße Gründe sprächen für die Erhaltung des bisherigen Zustandes betreffs der landwirthschaftlichen Schulen. Man würde bei einem anderen Verfahren nur erreichen, daß man 15 Bürger- resp. Realschulen mehr bekomme, welche den Charakter der landwirthschaftlichen Schulen mit der Zeit völlig verlieren werden, weil ihnen die jetzige Wechselwirkung mit der Landwirthschaft abgehen werde.

Abg. Dr. Lucius (Erfurt) erörtert namentlich die Frage des Berechtigungswesens. Er zieht seinen Antrag zurück, stellt dagegen zu dem Miquel'schen Antrag das Amendement, der einzusetzenden ständigen Kommission auch die Prüfung des Berechtigungswesens zuzuweisen.

Abg. Miquel erklärt sich mit dem Zusatz-Antrag Lucius einverstanden. Was die Ressortverhältnisse anlange, so habe er früher allerdings ebenfalls lebhafte Bedenken gegen die Uebertragung des technischen Schulwesens auf das Unterrichtsministerium gehabt. Nachdem er sich aber überzeugt, daß es unmöglich sei, diese Schulen bei der Abtheilung für Handel und Gewerbe zu belassen, habe er diese Bedenken durch die Einsetzung einer ständigen Kommission zu paralysiren gesucht. Diese Kommission müsse bestehen aus Mitgliedern der drei Ministerien des Unterrichts, für Handel und Gewerbe und für öffentliche Arbeiten; aber er (Redner) lege vor Allem darauf Gewicht, daß in dieser Kommission auch Vertreter des Handwerks Platz finden, denn in keinem Staate sei so wenig für Handwerkerschulen geschehen, wie in Preußen.

Abg. Dr. Techow erklärt sich gegen den Antrag der Budgetkommission, insoweit derselbe sich auf die Errichtung eines obersten Unterrichtsraths bezieht, und befürwortet einen dahin gehenden Antrag: „in Erwägung zu ziehen, ob es nicht zweckmäßig sei, eine organische Einrichtung (oberster Unterrichtsrath) zu schaffen, welche als berathende Behörde dem Unterrichtsminister zur Seite steht", und über das Ergebniß der angestellten Erwägungen dem Landtage in der nächsten Session Mittheilung zu machen.

Ministerialdirektor Greiff erklärt sein Einverständniß mit dem Antrag Miquel und dem Zusatzamendement Lucius. Die Bedenken, welche in der Kommission gegen die Einrichtung eines Unterrichtsraths seitens der Regierung geltend gemacht worden, beständen noch heute. Der Unterrichtsminister sei nicht in der Lage, auf die Bildung eines Unterrichtsrathes für jetzt eingehen zu können. Sollte der Antrag angenommen werden, so würde der Minister bereit sein, in die Erwägung einzutreten und seinerseits Ermittelungen darüber anzustellen, welche Erfahrungen in anderen Ländern mit einem solchen Organe gemacht worden sind.

Abg. Dr. Virchow: Das Haus würde ein richtiges Votum abgeben, wenn es die Frage des obersten Unterrichtsrathes nicht fallen läßt. Die Frage dürfe nicht von der Tagesordnung verschwinden. Indem er sich dem Antrage Techow füge, glaube er das mindeste zu thun, was dem Hause zukommt.

Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen

Abg. Frhr. v. Heereman erhebt gegen den Regierungs-Kommissar Ministerial-Direktor Jacobi den Vorwurf, daß derselbe in seiner Erwiderungsrede einen unhöflichen Ton gegen ihn angeschlagen habe.

Ministerialdirektor Jacobi: Ich habe nichts anderes gesagt und behauptet, als die eigenen Worte des Abg. Heereman wiederholt. Ich erinnere das Haus nur an den Theil der Rede des Herrn von Heereman, wo er sagt, es bestehe die Befürchtung, daß bei der Uebertragung des technischen Unterrichtswesens auf das Kultusministerium der Kulturkampf auf diese Schulen mit übertragen würde.

Die Diskussion ist damit wieder eröffnet und wird sogleich geschlossen.

Abg. Frhr. v. Heereman (persönlich) bedauert, daß der Reg.-Komm. es nicht einmal für nöthig befunden habe, ein Wort der Entschuldigung für den gegen ihn (Redner) ausgesprochenen Vorwurf hinzuzufügen.

Abg. Dr. Virchow (zur Geschäftsordnung) erklärt sich gegen die Methode des Hauses, nach Wiedereröffnung der Diskussion wieder sofort den Schluß anzunehmen.

Der Präsident bezieht sich auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung, deren Abänderung er dem Hause anheimgiebt.

Abg. Windthorst-Meppen schließt sich den Ausführungen Virchow's an.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Einleitungsantrag der Budget-Kommission mit dem nach dem Vorschlage Lucius modifizirten Amendement Miquel und dem Amendement Techow angenommen.

Durch diesen Beschluß ist die Resolution der Budget-Kommission erledigt.

Das Haus wendet sich nunmehr der Spezialberathung der bis zur Entscheidung über diese Anträge zurückgestellten Etatspositionen zu, und zwar zunächst dem Kap. 126a des Kultusetats, Technisches Unterrichtswesen.

Bei Tit. 1 (Technische Hochschule in Berlin) weist Abg. Rickert darauf hin, daß die Bestimmungen des Statuts über die Organisation der technischen Hochschule in Berlin insofern Befürchtungen erregt habe, als der Schiffsbaukunde, für welche bisher eine besondere Abtheilung in der Gewerbeakademie bestanden, in dem Rahmen der neuen Organisation nicht die genügende Berücksichtigung zu Theil geworden sei. Sollte es vielleicht noch nicht möglich sein, eine besondere Abtheilung für Schiffsbau schon jetzt zu bilden, so müsse doch wenigstens Vorsorge dafür getroffen werden, daß die Dozenten der Schiffsbaukunde eine selbstständige Gruppe innerhalb der fünf Abtheilungen bilden und daß denselben in Bezug auf die im § 12 des Statuts erwähnten Geschäfte ganz oder theilweise diejenigen Berechtigungen gewährt werden, welche nach dem Statut dem Abtheilungskollegium zustehen.

Geh. Rath Dr. Wehrenpfennig: Die Staatsregierung kann dem Herrn Vorredner nur dankbar sein, daß er ihr Veranlassung giebt, ihre Stellung zu dieser sehr wichtigen Frage hier zur Sprache zu bringen. In einem Schreiben, welches der Handelsminister am 22. Juni v. J. an den Finanzminister mit Rücksicht auf den Schiffsbau gerichtet hat, heißt es: „Seit geraumer Zeit ist die deutsche Marineverwaltung bestrebt, die Kriegsschiffe im Lande bauen zu lassen, mit dem Erfolge, daß bereits 19 Schiffe der Kriegsmarine im Inland erbaut und seit 4 Jahren überhaupt keine Aufträge mehr ins Ausland gegeben sind. Umsomehr aber macht sich der Mangel geltend, daß in Deutschland sich keine Anstalt befindet, in welcher die künftigen Ingenieure auf dem Spezialfeld der Konstruktion der Kriegsschiffe und Kriegsmaschinen unterrichtet werden können." Hierauf wird der Finanzminister gebeten, die Mittel für 4 neue im Interesse des Kriegsschiffsbaues einzurichtende Stellen zu bewilligen. Der Finanzminister ist diesem Wunsche nachgekommen und der Etat enthält eine nicht unerhebliche Summe mehr zur Entwickelung des Schiffsbaues und des Unterrichts im Schiffsbau in der bisherigen Gewerbe-Akademie. Es sprechen indessen viele Gründe dagegen, heute den Schiffsbau zu einer besonderen Abtheilung in dieser gesammten Organisation zu erklären. Der hauptsächlichste besteht in dem neuen Organisationsplan nach dem Prinzip, daß jeder Dozent nur einer Fakultät angehören kann. An der technischen Hochschule war dieses Prinzip der für sich abgeschlossenen Fakultäten bisher vollständig unbekannt. Der Wortlaut des Statuts steht dem Wunsche des Abg. Rickert nicht entgegen. Das Statut hat allerdings nur den Grundgedanken durchgeführt, daß eine vernünftige Organisation eines Polytechnikums absolut beruhe auf der Dezentralisation der gesammten Anstalt in einzelne selbstständige Abtheilungen. Daneben läßt aber das Statut frei, daß die Verwaltung für die einzelnen Abtheilungen Resultate bilden soll und in ihnen wird allerdings die Gruppenbildung innerhalb der Abtheilungen durchgeführt werden müssen. Es ist übrigens gleichgültig, ob wirklich unsere Meinung darin differirt und das Statut vielleicht in Bezug auf die Gruppirung der Abtheilungen einzelne Ausdrücke enthält, die Schwierigkeiten machen können.

Abg. Rickert: Die Erklärung des Vertreters der Regierung hat mich vollständig befriedigt; ich hoffe, daß dadurch die Besorgniß zerstreut sein wird, als ob es sich darum handle, die Schiffsbaukunde in den Hintergrund zu drängen.

Abg. Schmidt (Stettin): Seitdem in Folge der Gewerbeordnung die Schiffsbauer eine Meisterprüfung nicht mehr bestehen brauchen, hat der Besuch der Schiffsbau-Abtheilungen sehr abgenommen. In vielen Häfen hat der Schiffsbau für Segelschiffe aufgehört und die Schiffsbaumeister führen hauptsächlich nur Reparaturen aus. Die Abtheilungen der technischen Hochschule dürfen sich nicht zu sklavisch an die bestehenden Universitätsfakultäten anschließen, weil die Universitätsstatuten mit ihren Fakultäten sich überlebt haben.

Abg. Dohrn: Es ist ein Irrthum, daß unsere Schiffsbaumeister fast nur Reparaturen machen. In der Nähe von Stettin ist die größte Privatwerft, welche wir überhaupt besitzen, und dort sind die größten Panzerschiffe gebaut worden.

Abg. Rickmers, Rheder in Geestemünde, bestätigt dagegen die Ausführungen Schmidt's und giebt gleichzeitig der Regierung anheim, wenn sie eine Schule für den Schiffsbau einrichten will, nicht gar zu viel Werth auf die Theorie zu legen, zum Beispiel keinen Schiffsbautechniker anzustellen, der nicht eine Reihe von Jahren praktisch gearbeitet hat.

Geh. Rath Wehrenpfennig erwidert, daß an der technischen Hochschule Lehrer angestellt werden sollen, welche auch praktisch mit dem Bau von Kriegs- und Handels-Schiffen beschäftigt gewesen sind.

Der Titel wird genehmigt.

Titel 2—14 werden bewilligt; die Diskussion wendet sich jetzt den Petitionen zu, welche die neue Organisation der Gewerbeschulen behandeln. Eine mit einer Konferenz von Sachverständigen vereinbarte Verfügung des Handelsministers vom 1. November v. J. ordnet die Reform der Gewerbeschulen nach folgenden zwei Gruppen an; die technische Mittelschule soll in 6 Klassen, denen später 2 Fachklassen hinzutreten, die allgemeine Ausbildung des sofort in das praktische Leben übergehenden Technikers abschließend durchführen. Die Abiturienten derselben haben die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst. Die höhere neunjährige Schule ohne Latein soll zum Besuche der technischen Hochschulen befähigen. Gegen diese letzteren wendet sich mit verschiedenen Gründen namentlich eine Petition des Bauraths Hobrecht mit 2054 Unterschriften, unter welchen sich 3 Geh. Oberbauräthe, 10 Oberbau- und 10 Ober-Regierungsräthe, 111 Bau- und Regierungsräthe befinden.

Die Untersuchungs-Kommission beantragt, unter Anerkennung des durch die Verfügung des Handelsministers vom 1. November 1878 beschrittenen

Weges über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Referent v. Bunsen: Sie berathen heute ein Stück Unterrichtsgesetz. Die Bezeichnung Gewerbeschule führt durch eine mißverständliche Verwechselung der neuen Schule mit der bisherigen Gewerbeschule viel Verstimmungen herbei. Die neunklassige Gewerbeschule ohne Latein ist die eigentliche Realschule. Ihren Abiturienten wird sich nicht nur die Karriere des Baufachs, sondern später auch noch die Ressorts der Post und Telegraphie, der Forsten und Bergwerke eröffnen. Die große Opposition der technischen Beamten gegen die Reform scheint mir hauptsächlich aus der Besorgniß zu resultiren, daß in Folge derselben die Superiorität der Juristen über die Techniker in den Verwaltungs-Kollegien noch prononcirter hervortreten werde, als man sie jetzt schon zu fühlen vermeint. Dieses Vorurtheil wird hoffentlich bald beseitigt sein.

Ministerialdirektor Jacobi: Es ist dem Handelsminister schwer geworden, im Widerspruch mit der Auffassung tüchtiger Techniker und Beamten, das Cirkular vom November v. J. zu erlassen. Er hat es gethan nach reiflicher Erwägung der Nothwendigkeit desselben. Vor dem Gesichtspunkte der ausreichenden Vorbildung des Technikers müßte der des Verwaltungs-Beamten zurücktreten.

Abg. Windthorst (Meppen): Sehr hervorragende Techniker haben mich aufgefordert, die Schaden der neuen Anordnung darzulegen. Ist für die Realien eine besondere Schule ohne Latein nöthig, so beseitige man das Latein aus den bestehenden Realschulen; dieselben werden sonst durch die lateinlose Gewerbeschule überflüssig. Wenn die Anforderungen für die Vorbildung der Techniker jetzt so erleichtert werden, dann wird ein Zudrang zu diesem Fache über das Bedürfniß hinaus stattfinden und die Verhältnisse und Stellung des ganzen Standes niederdrücken. Entscheiden Sie also heute noch nicht definitiv, lehnen Sie den Antrag der Kommission ab und überweisen Sie die Petitionen der Regierung zur Erwägung. Ich stelle diesen Antrag.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Bonitz: Es handelt sich um eine Frage, die seit Jahrzehnten im Gange ist, ob es überhaupt möglich ist alle diejenigen, deren Lebensberuf weitere wissenschaftliche Studien erfordert, auf dieselbe Schule anzuweisen. Die geplante Schule soll für die verschiedenen Hauptrichtungen des menschlichen Wissens ein verständnißvolles Interesse erwecken und auch eine Achtung für diejenige Seite, in der man nicht arbeitet. Es muß im Interesse der Gymnasien liegen, das neben ihnen die Realschulen mit und die ohne Latein bestehen; denn nur wenn diese 3 Kategorien neben einander bestehen, kann jede ihrer Aufgaben vollständig genügen.

Abg. Seyffardt spricht seine Freude darüber aus, daß man endlich einmal mit dem alten Prinzipe gebrochen und eine Theilung der Arbeit in Aussicht genommen habe. Aber das Ziel der Regierung wird in der Praxis nicht erreicht werden, denn die Gewerbeschulen werden sich sobald es angeht in neunklassige Realschulen ohne Latein umwandeln und es wird wieder an der Vorbereitung für Techniker mittleren Ranges fehlen.

Geh. Rath Wehrenpfennig theilt die Besorgniß des Vorredners, daß es schwer sein werde, eine genügende Anzahl von Gewerbeschulen und höheren Bürgerschulen mit Fachschulen herzustellen; die Städte würden es immer wieder versuchen, zu einer neunklassigen Realschule ohne Latein emporzuklettern.

Abg. Rauthe glaubt den Grund dafür, daß bisher so wenig Fachschulen entstanden seien, darin suchen zu sollen, daß die Gemeinden zu viel, der Staat zu wenig zu deren Unterhalt beitrage.

Abg. Lucius erkennt das an, aber man dürfe dem Staat nicht neue Ausgaben zumuthen, wenn man andererseits zur Sparsamkeit mahne. Wenn die neuen Schulen etablirt würden, so bliebe dem Gymnasium seine eigentliche Aufgabe, eine Kulturstätte der höheren geistigen Bildung zu sein, um so reiner bewahrt.

Die Diskussion wird geschlossen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Justizgesetze und Fortsetzung der Etatsberathung.

Deutschland.

** Berlin, 21. Januar. Der „Weser-Zeitung" ist von hier telegraphirt worden, daß der Reichskanzler den Gesetzentwurf über die Strafgewalt des Reichstages zurückziehen wolle. In den zuständigen Kreisen ist davon durchaus nichts bekannt.

Heute Mittag um 1 Uhr fand im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses eine Sitzung des Staatsministeriums statt. Wie ich höre, haben mehrere demnächst im Abgeordnetenhause zur Erörterung kommende Fragen, u. a. auch die Stellung der Staatsregierung zu dem Gesetzentwurf über die Strafgewalt des Reichstages und zu dem hinsichtlich dieses Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhause vorliegenden Antrage die Gegenstände der Berathung gebildet.

Mit der gestern Abend erfolgten Vorlegung des Etats der Verwaltung des Reichsheeres sind alle Etats in den Händen des Bundesraths. Es hat nunmehr heute durch den Ausschuß für Rechnungswesen die Berathung der Spezialetats begonnen und man kann erwarten, daß die Totalberathung des Reichshaushalts bis zum 12. Februar, dem muthmaßlichen Tage der Eröffnung des Reichstags, im Bundesrath beendigt sein wird, so daß der Gesammtetat dem Reichstag bei seinem Zusammentritt zugehen kann. Der Militäretat schließt mit folgenden Summen ab: Fortdauernde Ausgaben für Preußen und die unter preußischer Militärverwaltung stehenden Staaten 249,843,728 Mark, für Sachsen 18,946,159 Mark, für Würtemberg 13,565,570 M.; einmalige Ausgaben für Preußen 6,491,814 M., für Sachsen 296,195 M., für Würtemberg 659,368 M. An Einnahmen führt der Etat auf: bei Preußen 4,536,766 M., bei Sachsen 204,818 Mark und bei Würtemberg 245,440 M.

Bei Gelegenheit der Ausweisung des Dr. Stamm war bekanntlich behauptet worden, derselbe gehöre gar nicht zur Sozialdemokratie. Diese Behauptung findet jetzt ihre bündige Widerlegung in der Entscheidung der Reichskommission über die Beschwerde in Betreff des Verbots der Schrift des Dr. Stamm: „Blicke auf das Volkselend und die Volkssterblichkeit in der deutschen Reichshauptstadt." Die Kommission spricht aus, daß es mit Rücksicht auf den Gesammtinhalt der Schrift und auf die in den Motiven des Polizeipräsidiums angeführten Stellen keines weiteren Beweises bedürfe, daß die Schrift sozialistische und kommunistische Lehren und Bestrebungen enthalte. Ferner beweise der unwissenschaftliche, aufreizende Ton der zunächst für die „Berliner Freie Presse" geschriebenen Aufsätze, daß es sich nicht um wissenschaftliche Forschung, sondern lediglich um agitatorische Zwecke zur Aufreizung der besitzlosen Klassen handle. Unter Hinweis auf eine Reihe einzelner Stellen der Schrift wird festgestellt, daß dieselbe ein fortgesetzter Appell an die Gewalt und an die Leidenschaft der Menge ist, um durch gewerbsmäßige Schürung des Klassenhasses die staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen.

Berlin, 21. Januar. Der Kopenhagener Korrespondent des „Standard" telegraphirt unterm 19. d. M.:

„Ich werde unterrichtet, daß Unterhandlungen mittelst eines wohlbekannten Agenten, der jüngst hier von Paris angekommen ist, im Gange sind zu dem Behufe, die Verzichtleistung des Herzogs von Cumberland auf alle Rechte in Hannover und Braunschweig zu erlangen, unter der Bedingung, daß Preußen die konfiszirten 16 Millionen Thaler zurückgebe und das Herzogthum Schleswig bis zur Eider (?) an den Herzog abtrete.

— In einer am 20. Januar in Alexandrien stattgehabten Versammlung der Gläubiger der egyptischen schwebenden Staatsschuld gelangte die Antwort des Finanzministers auf die letzten Erklärungen der Gläubiger zur Verlesung. In derselben wird, wie „W. T. B." meldet, auf die andauernden Schwierigkeiten der Lage hingewiesen und erklärt, daß der Unterstaatssekretär Blum seine Vorschläge nur unter der Bedingung gemacht habe, daß die Sequestration auf die an den Staat cedirten Familiengüter des Khedive aufgehoben werde. Da diese Bedingung nicht erfüllt worden, sei die Lage dieselbe, die sie vorher gewesen. Der Minister beabsichtige weitere Schritte zur Aufhebung des Sequesters, denn es sei schlechterdings nothwendig, daß bezüglich der Hypothek des Hauses Rothschild eine Regelung eintrete. Das Haus Rothschild habe erklärt, daß es absolut keine Zahlung leisten werde, wenn die Hypothek nicht geregelt sei. Sobald der Minister von dem Hause Rothschild Zahlung erhalte, würde er den Gläubigern verhältnißmäßige Zahlungen leisten. Schließlich erklärt der Minister die früheren Anerbietungen des Unterstaatssekretärs Blum ausdrücklich für nichtig und lehnt jedes Eingehen auf weitere Verhandlungen ab. „Jeder Gläubiger könne thun, was er wolle."

— In den der Reichstarif-Kommission zur Disposition gestellten Räumen finden jetzt täglich eingehende Besprechungen sämmtlicher Referenten statt. Man beabsichtigt zunächst die Frage der Verzollung der Rohstoffe zu erledigen und dieselbe auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die jedoch in der laufenden Woche noch nicht stattfinden wird, zu setzen.

— Die Eisen-Enquete-Kommission sollte heute zum Abschluß ihrer Arbeiten gelangen. Die Thätigkeit der Kommission wird sich jedoch noch durch weitere Erhebungen um einige Tage verlängern. Wie verlautet, würde es zur Feststellung eines Gesammtantrages nicht kommen, die Kommission vielmehr sich damit begnügen, das erhobene Material zu sichten und die Ansichten ihrer einzelnen Mitglieder festzustellen. Ueber die Lage eines Theiles der Eisen-Industrie wird wohl weniger Meinungs-Verschiedenheit herrschen als über die Mittel, mit denen derselben zu Hülfe gekommen werden könnte. Namentlich werden die Bedenken zum Ausdruck kommen, ob die Bewilligung eines Schutzzolles, weit davon entfernt, die Industrie zu heben, nur eine Begünstigung des kranken Theils derselben werden würde, der dann auch den gesunden Unternehmungen das Gedeihen abschnitte.

Provinzielles.

Stettin, 22. Januar. Die Verwaltung der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, die von der Staatsregierung gemachte Proposition auf Abstempelung der Aktien zu einer Rente von $4\frac{3}{4}$ pCt. einer einzuberufenden Generalversammlung nur dann befürwortend vorzulegen, wenn vorher durch einen Vertrag beide Kontrahenten an diese Proposition auf gleiche Zeitdauer fest gebunden worden sind, selbstverständlich unter Vorbehalt der Genehmigung des Landtages und der Generalversammlung.

— Die hiesige königliche Regierung hat auf Grund des § 17 der revidirten Instruktion vom Juni 1873 zum Gesetz, Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, vom 7. April 1869, den auf den 28. d. M. angesetzten Fettviehmarkt zu Alt-Damm aufgehoben.

— Der Kutscher Ferd. Botz aus Nassenhaide betrat am 10. August v. J. das Otto'sche Schanklokal in Löcknitz und machte daselbst in angetrunkenem Zustande eine ehrfurchtverletzende Aeußerung auf Se. Majestät den deutschen Kaiser. Als ihm deshalb vom Wirth das Lokal verwiesen wurde, leistete er dieser Aufforderung keine Folge, bis er mit Gewalt entfernt wurde, setzte sodann auch auf der Straße den Lärm noch fort. Deshalb war Botz gestern vor der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts angeklagt und wurde wegen Majestäts-Beleidigung und Hausfriedensbruch zu 4 Monaten Gefängniß, wegen Ruhestörung zu 3 Tagen Haft verurtheilt.

— Gestohlen wurden einem Kaufmann auf der Langenbrückstraße von seinem Hausdiener verschiedene Waaren, ferner in der Nacht vom 18. zum 19. d. M. an dem Empfangsgebäude der Berlin-Stettiner Eisenbahn ein dort aufgestellter Gepäckkarren.

Swinemünde, 20. Januar. Vorgestern Abend wurde von dem hiesigen patriotischen Kriegerverein, welcher bereits 3 Jahre besteht, in den festlich geschmückten Räumen des Gesellschaftshauses das Stiftungsfest gefeiert. Die Mitglieder des Vereins waren mit ihren Angehörigen sehr zahlreich erschienen, und wurden zunächst 2 Lustspiele aufgeführt, worauf Tanzvergnügen folgte. Von dem Vorsitzenden des Vereins wurde eine auf die Bedeutung der Feier Bezug habende Rede gehalten und dabei ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser ausgebracht, in welches die Anwesenden lebhaft mit einstimmten. Viele von den Theilnehmern an der Feier blieben noch bis gegen Morgen beisammen.

Regenwalde, 18. Januar. Von den Städten, welche sich eifrigst um die Versuchsstation beworben haben, wird Stolp als diejenige bezeichnet, welche die meiste Aussicht auf Erfolg in dieser Sache hat. Man hat dort bereits die kostenfreie Hergabe eines angemessenen Terrains für agrikultur-chemische Versuche bewilligt, auch verlautet, daß der Stolper landwirthschaftliche Zweigverein 1000 Mk. zu anderweitig gezeichneten 5000 M. als Beitrag zu den Kosten hergeben will. Sollte es wirklich dahin kommen, daß für Regenwalde die Versuchsstation verloren ginge, so wäre das für die Stadt gewissermaßen ein Schritt weiter, aus der Reihe der mittleren Städte zu treten. Doch so leichten Kaufes wird Regenwalde seine landwirthschaftliche Versuchsstation noch nicht fahren lassen. Nicht die pommersche ökonomische Gesellschaft allein, sondern auch der landwirthschaftliche Minister hat über eine Verlegung der Station zu bestimmen. An ihn werden sich demnächst die städtischen Kollegien mit einer Petition in dieser Sache wenden.

Greifswald, 21. Januar. Der Schlossergeselle Wegener erschoß sich gestern Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr in der Bleichstraße mittelst eines Revolvers. Als Motiv dieser That sieht man die Furcht vor einer Strafe an, die dem Verstorbenen wegen eines groben Unfugs drohte. Der Selbstmörder war auf der Stelle todt.

Vermischtes.

— Diplomatische Kritik. Wer ist größer, Sarasate oder Joachim, die Patti oder die Gerster! Von diesen müßigen Fragen widerhallten während der letzten Monate der musikalischen Saison die Berliner Concertsäle, Theater und Salons. Man stritt, man widersprach, man ereiferte sich, sanfte Gemüther machten sich sogar Konzessionen. Man sollte auf einen derartig unfruchtbaren Disput gar nicht eingehen, wenn man nicht von vornherein überzeugt ist, eine so geistreiche Antwort bei der Hand zu haben, wie eine gewisse Dame der Wiener Aristokratie, welche ihrer Zeit dringend ersucht wurde — man gab viel, sehr viel auf ihr Urtheil — sich zu erklären, wem sie als Künstler den Vorzug gäbe, Thalberg oder Liszt. Mit einem reizenden Lächeln erwiderte sie: „Thalberg ist der Erste — Liszt — der Einzige" — und keine Partei fühlte sich gekränkt. Das ist die Diplomatie geistreicher Frauen.

— (Ordensgeschichten.) In den nächsten Tagen erscheint bei Dentu in Paris ein Buch, das die Geschichte der letzten zwanzig Jahre behandelt und dessen Verfasser sich Andreas Memor zeichnet. Man weiß, daß sich hinter diesem Pseudonym der Herzog von Grammont verbirgt In einer Episode des Buches wird die Zusammenkunft der Souveräne von Oesterreich und Preußen in Schönbrunn im Jahre 1864 geschildert und nachdem er die Hoffeste zu jener Zeit beschrieben hat, widmet der Verfasser auch den Orden ein besonderes Kapitel und erzählt bei dieser Gelegenheit zwei niedliche Anekdoten. — Baron Taubenheim, der Oberststallmeister des Königs von Würtemberg, besaß fast alle europäischen Orden. Der Hof von Stuttgart war von fremden Souveränen zahlreich besucht und jeder Gast beeilte sich, dem Liebling des Königs ein Großkreuz zu verleihen. Eines Tages unternahm der König unter dem Incognito eines Grafen von Teck eine Reise durch Holland und Belgien. Als der König mit Taubenheim zurückkehrte, entdeckte Letzterer bestürzt, daß der kleine Koffer, in dem seine sämmtlichen Orden verwahrt wurden, verschwunden war. Anfänglich glaubte man an einen Diebstahl, aber bald erfuhr man, daß der Koffer an der Grenze von der Zollbehörde mit Beschlag belegt worden sei. Der amtliche Bericht sagt, daß der Koffer „Kurzwaaren und Schmuck enthalte, die ein Herr Taubenheim, Juwelier, über die Grenze zu schmuggeln versucht habe." Die Zollwächter, durch das Incognito der Reisenden getäuscht, konnten nicht glauben, daß alle diese Brillantsterne Eigenthum eines einzelnen Menschen sein konnten, sondern nahmen eine Zolldefraudation an. — Der Held der zweiten Anekdote ist Massimo d'Azeglio, der gefeierte Poet und italienische Staatsmann. Auch er hatte zahllose Orden erhalten, die er stets en miniature an einer Kette aneinandergereiht bei sich trug. Eines Abends plauderte Victor Emanuel mit ihm und machte sich den Spaß, die Orden des Ministers zu zählen. „Das amüsirt Sie, Sir," sagte d'Azeglio, „und Sie haben Recht. Ich würde noch mehr lachen, wenn ich, wie Sie, meine Schulden mit diesen Münzen bezahlen könnte." d'Azeglio, der so viel für Italien und seinen König gethan, war arm und mußte als Greis seine Bilder verkaufen, um seine Ausgaben decken zu können.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 21. Januar. Behufs Errichtung eines Pest-Kordons an der russischen Grenze wird demnächst eine Kreditforderung an den Reichstag gelangen.

Wien, 20. Januar. Nach der „Grazer Tagespost" hätte man neuestens auf Anrathen des Grafen Andrassy beschlossen, den Reichstag sofort nach der Budgetvotirung und noch vor dem Ablauf der Wahlzeit aufzulösen und dann erst ein definitives Kabinet zu bilden. Für den Grafen Andrassy handle es sich bei Lösung der Ministerkrise einzig um Einsetzung einer Regierung, welche die Mittel gewährt, seine Orientpolitik fortzusetzen; die Farbe des neuen Kabinets bleibe ihm gleichgültig.

Wien, 21. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Handelsminister den Abschluß der Verhandlungen mit Frankreich zur Kenntniß und legte dem Hause die darauf bezüglichen Deklarationen vor, welche von demselben sofort in erster Lesung dem volkswirthschaftlichen Ausschusse überwiesen wurden.

Die Debatte über den Berliner Vertrag wurde fortgesetzt.

Wien, 21. Januar. Meldungen der „Polit. Korresp.":

Aus Belgrad: Der Präsident des serbischen obersten Rechnungshofes, Margetic, ist mit einer Spezialmission an den Gouverneur von Bulgarien, Fürsten Dondukoff-Korsakoff, gesandt worden, um die definitive Regelung der bezüglich der serbisch-bulgarischen Grenze noch bestehenden Differenzen anzubahnen. Der Ministerialsekretär Simic ist zum Vertreter Serbiens in Cettinje designirt worden

Aus Bukarest: Die Regierung hat beschlossen, Sulina zu einem Freihafen zu erklären. Die Regierung steht im Begriff, die durch einen Notenaustausch beendigten Arbeiten der bessarabischen Grenzregulirungs-Kommission, soweit es sich um den Kiliaarm der Donau handelt, zu ratifiziren.

Wien, 21. Januar. Eine offiziöse Mittheilung der „Polit. Corresp." konstatirt, daß die österreichisch-ungarische Regierung anläßlich der Epidemie in dem Gouvernement Astrachan bereits vor längerer Zeit Schritte zur Klarstellung der Sachlage gethan habe und erwähnt die aus gleichem Anlaß erfolgte Entsendung eines Mitgliedes des Deutschen Reichs-Gesundheitsamtes, des Geheimen Regierungsraths Dr. Finkelnburg, nach Wien. Weiter wird gemeldet, daß auf Veranlassung des Ministerpräsidenten, Fürsten Auersperg, in den nächsten Tagen über diese Angelegenheit Besprechungen stattfinden würden und daß sich die österreichische Regierung mit der ungarischen hierüber in's Einvernehmen gesetzt habe.

Pest, 21. Januar. Nach amtlichen Informationen der Seebehörde in Fiume ist die Meldung eines Konstantinopeler Blattes, am Bosporus hätte sich eine pestartige Krankheit gezeigt, unbegründet.

Brüssel, 21. Januar In der Repräsentantenkammer wurde von der Regierung ein Gesetzentwurf über den öffentlichen Unterricht vorgelegt; danach soll der Unterricht für Unbemittelte kostenfrei ertheilt werden; besondere Schulkomitees sollen darüber wachen, daß die Eltern ihre Kinder zur Schule anhalten; der Religionsunterricht soll der Sorge der Eltern und der Geistlichen der verschiedenen Kulten überlassen bleiben, welchen letzteren zu diesem Zwecke das Schullokal außerhalb der Klassenstunden zur Verfügung gestellt werden wird

Paris, 21. Januar. Der „Temps" bespricht die gestrige Abstimmung in der Deputirtenkammer und hebt hervor, dieselbe sei keineswegs nur ein Scheinfriede (replatrage) mit dem Ministerium, sondern eine Konsolidirung des letzteren. Die Abstimmung habe den Werth der jetzigen Regierungsmitglieder und die Unzulänglichkeit ihrer präsumptiven Nachfolger gezeigt. — Gambetta stimmte gestern mit der äußersten Linken für die von Floquet beantragte einfache Tagesordnung, enthielt sich aber der Abstimmung über die Tagesordnung Ferrys. Der „Moniteur" meldet, der Oberbefehlshaber der 7. Division (Le Mans) General Lefebre würde zum Generalstabschef ernannt werden.

Paris, 21. Januar. Nächsten Donnerstag wird die äußerste Linke in der Kammer den Erlaß einer allgemeinen Amnestie beantragen.

Der Senat hat es abgelehnt, über das Reformprogramm des Ministeriums in Diskussion zu treten, weil demselben ohnehin im Senat die Mehrheit gesichert sei.

Versailles, 21. Januar. Im Senat und in der Deputirtenkammer machte der Finanzminister Leon Say die Mittheilung, daß er das Budget am nächsten Donnerstage vorlegen werde.

London, 21 Januar. Heute wurde ein Kabinetsrath in Downingstreet abgehalten, welchem das gesammte Kabinet beiwohnte.

Petersburg, 21. Januar. Wie die „Agence Russe" wissen will, sollen auf der hiesigen türkischen Botschaft Nachrichten eingegangen sein, denen zufolge die Unterzeichnung des definitiven russisch-türkischen Friedensvertrages heute stattfinden sollte; in diesseitigen amtlichen Kreisen liegt noch keine Bestätigung vor.